

GEW: Politik der Landesregierung verschärft die Probleme

Schulpolitik auf dem Rücken der Lehrkräfte

Am 30. August war es wieder soweit. Einen Tag vor Beginn des neuen Schuljahres trat Kultusminister Busemann vor die Landespressekonferenz und rühmte seine Schulpolitik. Die Unterrichtsversorgung liege voraussichtlich zwischen 99,5 und 100 Prozent. In den allgemein bildenden Schulen würden im Rahmen des Ersatzbedarfs 1.440, in den berufsbildenden 360 neue Lehrkräfte eingestellt. Wegen eines Rückgangs der Schülerzahlen würden in diesem Jahr 250 Stellen abgebaut, in den folgenden Jahren jeweils 400. Die ausgewiesene Unterrichtsversorgung der weiterführenden Schulen enthalte zusätzlich zum Pflichtunterricht je Klasse zwei Poolstunden, die eigenverantwortlich zur Sicherung des Pflichtunterrichts, für kurzfristige Vertretungen, aber auch für Fördermaßnahmen oder für wahlfreien Unterricht und Arbeitsgemeinschaften verwendet werden könnten. Soweit die Rhetorik des Ministers.

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag kommentierte seine Ausführungen mit den Worten „Same procedure as every year“. Das Problem sei, dass Busemann die Realität der Schulen nur vom grünen Tisch in Hannover aus wahrnehme. Die Grünen warfen ihm Flickschusterei statt solider Unterrichtsversorgung und die Vernachlässigung individueller Förderung vor.

Die GEW Niedersachsen hat zum Schuljahresbeginn 2006/2007 deutliche Kritik an der Schulpolitik der Landesregierung geübt. Die nahezu 100-prozentige Unterrichtsversorgung ist eine Mogelpackung. In Wirklichkeit fehlen überall personelle Ressourcen. Überlastung der Lehrkräfte durch zugleich hohe Klassenstärken, in kürzester Zeit zu bewältigende wachsende Aufgaben und Vertretungsunterricht ist längst nicht mehr die Ausnahme, sondern der Regelzustand an niedersächsischen Schulen. Insbesondere Teilzeitlehrkräfte ha-

ben Vertretungsunterricht im Übermaß zu leisten.

Von den Pädagoginnen und Pädagogen wird praktisch erwartet, dass sie die Auswirkungen der staatlichen Kürzungs- und Umverteilungspolitik durch Mehreinsatz, dauerhaft erhöhte Arbeitsintensität und materielle Opfer ausgleichen. Es muss damit gerechnet werden, dass dieser Druck in der so genannten Eigenverantwortlichen Schule, die mit dem Schuljahr 2007/2008 eingeführt wird, noch zunehmen wird.

Schon jetzt kostet ihre Einführung Ressourcen, werden für ihre Vorbereitung und den Aufbau einer neuen Schulverwaltung Gelder in Höhe von ca. einem Prozent der Personalmittel benötigt, die an anderer Stelle fehlen. Die GEW steht an der Seite der Kolleginnen und Kollegen, auch der Schulleitungen, die dieses nicht widerspruchslos hinnehmen, sondern sich wehren.

Der Kultusminister zeigte sich insgesamt nicht unzufrieden mit der Entwicklung der Schulwahl. Die Hauptschule werde weniger

angewählt, sei in 2005/2006 aber mit einem Schüleranteil von 22,3 Prozent über alle Jahrgänge stabil geblieben. Im letzten Schuljahr sind 4.306 (3,9%) Schülerinnen und Schüler aus der Realschule an die Hauptschule und 3.015 (1,7%) aus dem Gymnasium an die Realschule übergegangen. Lediglich 707 (0,4%) sind von der Hauptschule an die Realschule und 636 (0,4%) von der Realschule auf das Gymnasium gewechselt. Busemann wertete diese Zahlen als Beweis für die Durchlässigkeit des Schulsystems. Die Integrierten Gesamtschulen hätten 7,4 Prozent mehr Hauptschul-Empfohlene als im Landesdurchschnitt. Potenzielle Hauptschülerinnen und Hauptschüler könnten auch an ihnen den Hauptschulabschluss erwerben, müssten dann aber auf die schulformspezifischen Verbesserungen der Hauptschulen verzichten. Dies gelte es weiter zu beobachten.

Die von der Landesregierung zementierte und mit solchen Äußerungen erneut gerechtfertigte Trennung der Schulformen und Bildungsgänge löst in Wirklichkeit keine Probleme.



Foto: Bernd Butzke

Überall fehlen personelle Ressourcen. Lehrkräfte werden überlastet. Hohe Klassenfrequenzen, in kürzester Zeit zu bewältigende, wachsende Aufgaben und Vertretungsunterricht insbesondere für Teilzeitlehrkräfte sind der Regelzustand.

me, sondern verschärft sie. Alle bisherigen Daten zur Schulwahl nach Klasse 4 bestätigen den bekannten Trend: die Hauptschule wird abgewählt, weil sich immer mehr immer weniger von einem Hauptschulabschluss versprechen. Die steigende Nachfrage nach Gesamtschulplätzen hingegen kann wegen des Neugründungsverbot für diese Schulform nicht befriedigt werden. Obwohl die Arbeit der Gesamtschulen in Niedersachsen massiv behindert wird, erfreuen sie sich wachsenden Zuspruchs. In Orten, in denen sie seit längerem präsent sind, wird bis zu einem Drittel der Schülerinnen und Schüler bei ihnen angemeldet.

Absage an die Evangelische Landeskirche

Auch wenn der Landesregierung dies nicht passt, an schulischer Integration führt letztlich kein Weg vorbei. Bei absehbar rückläufigen Schülerzahlen wird in vielen Regionen ein wohnortnahes breites Bildungsangebot nur noch integrativ zu gewährleisten sein. Nur dies entspricht auch internationalen Standards.

Anlässlich des Schuljahresbeginns erteilte die GEW auch Überlegungen der evangeli-

schen Landeskirche eine deutliche Absage, staatliche allgemein bildende Schulen in private Trägerschaft zu übernehmen. Staatliche Schulen sind für alle da und dies muss auch so bleiben. Immerhin gibt es viele Bürgerinnen und Bürger, die ihre Kinder nicht in konfessionell geprägte Einrichtungen schicken wollen. Auch ist nicht auszuschließen, dass in Gebieten mit einem hohen Anteil kirchlicher Schulen eine soziale Selektion zu Lasten sozial schwacher Familien mit hohem Zuwandereranteil stattfindet.

An Anerkennung für den Kultusminister soll es nicht fehlen, wo sie angebracht ist: Im Anschluss an seine Schuljahresanfangspressekonferenz stellten er und Landtagspräsident Gansäuer ein Plakat des Niedersächsischen Landtags gegen Rechtsextremismus vor, in dem eindringlich vor den Folgen von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassenwahn gewarnt wird. Diesem Plakat „Parolen des Grauens“ ist weite Verbreitung zu wünschen.

RICHARD LAUENSTEIN



Schuljahresanfang – Was alles gleichzeitig getan werden muss



EIN KOMMENTAR
VON
EBERHARD BRANDT

Zum Anfang jedes Schuljahres erleben wir es immer wieder. Ein Berg liegt vor uns. Es muss soviel Verschiedenes gleichzeitig erledigt werden. Täuscht der Eindruck, dass der Berg von Jahr zu Jahr

wächst? An den Klassen- und Kurslisten merkt man, dass es mehr überfüllte Gruppen gibt als zuvor. An Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen sind 32 Schülerinnen und Schüler pro Klasse keine Seltenheit mehr. Selbst in Naturwissenschaften und im Technikunterricht, wo in den Fachräumen die Arbeitsplätze auf 24 oder 16 begrenzt sind. In der Oberstufe bewirkt die Neuordnung einen enormen Anstieg der Kursfrequenzen. So wird Lernen und Lehren schwieriger. Die absehbare Korrekturbelastung übersteigt ein erträgliches Maß. An Grund- und Hauptschulen hängt die Klassenstärke von den örtlichen Bedingungen ab. Die Arbeitsbelastung ist hier aufgrund der hohen Stundenverpflichtung besonders hoch.

Dazu kommt die Beschäftigungstherapie, die uns der Kultusminister mit den vielen Programmen und Aufgaben im Rahmen sei-

ner Scheinmodernisierung auferlegt. Zum Beispiel bei der Schulinspektion. Schulleiterinnen und Schulleiter haben in zahlreichen Versammlungen berichtet, welche Papierberge allein zur Vorbereitung auf die Inspektion bewegt werden. Ob wirkliche Bewegung, ob pädagogische Schulentwicklung, ob die alltägliche pädagogische Arbeit in den Kollegien gelingt, hängt jedenfalls nicht vom Umfang der Berichte für die Schulinspektion ab.

Das gegen unseren Widerspruch im Landtag mit der überraschenden Koalition von CDU, FDP und Grünen verabschiedete Schulgesetz macht die Arbeit in der Schule nicht leichter. Im Gegenteil. Mit der gesetzlich normierten Direktorialverfassung funktioniert Schulentwicklung nicht. Im laufenden Schuljahr gibt es noch Gesamtkonferenzen, die etwas zu entscheiden haben. Das kann man für Klärungsprozesse nutzen. In den Schulen können Kollegien an ihre Leitungen die Erwartung und den Anspruch richten, dass die Ausgestaltung und Entwicklung der Schule auch ab 1. August 2007 nur in Übereinstimmung von Kollegium und Leitung erfolgt. So sehen es auch viele Schulleitungen, die stolz auf Jahre erfolgreicher Schulentwicklung mit ihrem Kollegium zurückblicken können. Warum sollte man nicht in einem Schulprogramm vernünftige Grundsätze für Entscheidungsprozesse in der Schule festschreiben? Es führt wohl kein Weg daran vorbei: Wir werden uns neben der alltäglichen Arbeit auch für die innere Ausgestaltung der Schule engagie-

ren müssen, um ein gutes Arbeitsklima untereinander aufrecht zu erhalten.

Vergessen wir nicht die originär gewerkschaftlichen Ziele. Der Tarifabschluss für die Länder muss auf die Beamenschaft übertragen werden. Sie hat einen Anspruch auf Gleichbehandlung, auf Weihnachtsgeld – auch wenn's nicht mehr das volle Monatsgehalt ist –, auf die im Tarifvertrag vorgesehene Einmalzahlung und die Gehaltserhöhung. Noch immer hat Ministerpräsident Wulff nicht auf den Brief des DGB-Landesvorsitzenden geantwortet, in dem er Beteiligungsgespräche eingefordert hat. Noch wissen wir nicht, ob und wie die Landesregierung das Beamtenrecht insgesamt verändern will. Bisher war dies durch Bundesrecht weitgehend vorgegeben, ab dem 1. September 2006 ist es Ländersache. Wenn wir nicht in der Rolle von Bittstellern verharren wollen, müssen wir wohl aktiv werden. Zusätzlich zur alltäglichen Arbeit.

Obendrein fordert uns die Bundesregierung heraus. Sie will uns das häusliche Arbeitszimmer nicht mehr anerkennen. Sie will uns bis zum 67. Lebensjahr arbeiten lassen. Sie will die Mehrwertsteuer erhöhen, um die Unternehmenssteuern zu senken. Müssen wir den Koalitionären von CDU und SPD nicht zeigen, dass sie auf unseren Widerspruch stoßen, dass beide Parteien immer weniger Zustimmung in der Bevölkerung finden? Die geplanten Aktionen des DGB geben uns eine Möglichkeit dazu. Nutzen wir sie! Ja, es ist wirklich viel gleichzeitig zu tun, nicht nur am Schuljahresanfang.